

Jörg Gleisenstein

Direktkandidat für Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis 63 (Frankfurt (Oder) - Oder-Spree)
Stadtverordneter in Frankfurt (Oder)

Sehr geehrte Mitglieder des Naturschutzbeirats im Landkreis Oder-Spree,
leider kann ich aus terminlichen Gründen an der Sitzung, zu der Sie mich eingeladen haben,
nicht teilnehmen. Ich habe zur gleichen Zeit eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
Frankfurt (Oder), deren Mitglied ich bin. Ich hoffe, Sie können meine Absage deshalb
verstehen.

Über Ihre Einladung habe ich mich allerdings sehr gefreut, da mir der Umwelt- und Naturschutz
sehr am Herzen liegt und ein deutlich stärkeres Gewicht auf allen Ebenen unseres Landes – von
der Gemeinde bis zum Bund - erfahren sollte.

Anbei übersende ich Ihnen meine Antworten auf die mir von Ihnen gestellten Fragen. Sollten
Sie diese veröffentlichen wollen, habe ich nichts dagegen. Für Rückfragen stehe ich Ihnen
natürlich gerne zur Verfügung. Weitere Informationen über mich, meine politische Arbeit und
meine Positionen finden Sie im Internet auf meiner Seite www.joerg-gleisenstein.de.

Ich wünsche Ihnen bei Ihrer Arbeit im Naturschutzbeirat weiterhin viel Erfolg und grüße Sie
ganz herzlich.

Ihr



Jörg Gleisenstein

Frage von Edgar Wolf:

Welche konkreten Strategien verfolgen Sie, um den Hochwasserschutz an den Flüssen Brandenburgs zu gewährleisten?

Antwort:

Wir müssen besser auf Hochwasser vorbereitet sein. Um künftige Katastrophen zu vermeiden, müssen Fehler der Vergangenheit kritisch analysiert und korrigiert werden. Hochwasserschutz hieß in der Vergangenheit vor allem Erhöhung und Verstärkung von Deichen und Flutschutzanlagen. Dort, wo Städte und Dörfer geschützt werden, ist das zwar eine richtige Strategie. Allerdings wurden in der Vergangenheit den Flüssen Überschwemmungsgebiete genommen, die bei den letzten Hochwasserereignissen bitter gefehlt haben.

Überflutungsgebiete an den Oberläufen der Flüsse sind besonders wichtig, um Städte flussabwärts zu schützen. Das Land muss hier weiter engagiert bleiben und weitere Anstrengungen insb. an Oder und Elbe unternehmen. Flächen zu entsiegeln, den Flüssen Raum zu geben, Auen zu erhalten und Polderflächen einzurichten, dient dabei nicht nur dem Hochwasserschutz, sondern leistet einen Beitrag zur Biodiversität und zum nachhaltigen Tourismus als Wirtschaftsfaktor.

Meine Partei hat zu dieser Thematik am 9.4.2011 einen umfassenden Forderungskatalog verabschiedet, den Sie hier finden: http://gruene-brandenburg.de/userspace/BB/lv_brandenburg/Dokumente/LPR_2011/Beschluesse/11_04_09_Beschluss_Hochwasser.pdf

Fragen von Ralf Hartwig:

1. Welche Energieformen möchten Sie stärker vorantreiben?
2. Unter welchen Naturschutzrelevanten Aspekten würden Sie den Bau von WKA ausschließen?
3. Wie stehen Sie zur Standortplanung von Windkraftanlagen in Wäldern?

Antwort:

1. Die Energiewende trägt dazu bei, Natur und Biodiversität besser zu schützen. Denn sie verringert die Auswirkungen der konventionellen Energiewirtschaft (Schadstoffemissionen, Flächenverbrauch, Umweltschäden bei Abbau und Förderung von Uran, Kohle, Erdöl und Erdgas) und schützt das Klima. Die Energiewende muss weiter vorangebracht, aber mit den richtigen Instrumenten naturverträglich umgesetzt werden. Im Planungsverfahren müssen Nachhaltigkeitsaspekte, der Natur- und Immissionsschutz berücksichtigt und Bürgerbeteiligung sichergestellt werden. Bis zum Jahr 2020 wollen wir Bündnisgrüne den Anteil der erneuerbaren Energien gegenüber dem heutigen Stand von knapp 25 Prozent mindestens verdoppeln. Unser Ziel bis 2030 ist es, unsere Stromversorgung komplett auf 100 Prozent erneuerbare Energien umzustellen. Dabei wird sich der Strommarkt in Zukunft auf Wind und Sonne stützen.

2. Bei der Windenergie kommt es insbesondere auf eine gute und sorgfältige Regional- und Landesplanung an, um negative Auswirkungen auf Fauna und Flora zu vermeiden. Windkraft widerspricht nicht grundsätzlich den Anforderungen des Naturschutzes. Insofern muss vor Ort untersucht werden, ob eine konkrete Gefährdung für bestimmte Arten durch Windkraftanlagen zu erwarten ist. Solche Gebiete sollen tabu sein. Das Ausbaupotenzial (Re-powering) von bereits bestehenden Anlagen wollen wir nutzen. Es gibt genügend Fläche außerhalb von Naturschutzflächen und ökologisch wertvollen Wäldern und in ausreichend Abständen zur Wohnbebauung, um das Ausbaupotenzial für Windenergie für den Stromverbrauch zu gewährleisten. 13,8 Prozent der Fläche Deutschlands wären laut Umweltbundesamt grundsätzlich für einen ökologisch umsichtigen Windausbau an Land geeignet. Weniger als ein Zehntel davon wäre ausreichend, um mehr Windleistung aufzustellen, als für den deutschen Spitzenbedarf (84.000 MW) benötigt wird.

3. Beim Ausbau der Windenergie sollen die Eingriffe in die Natur so gering wie möglich gehalten werden. In Naturschutz-, Großschutz- und Vogelschutzgebieten sollen grundsätzlich keine Windkraftanlagen errichtet werden. In anderen Schutzgebieten dürfen Windkraftanlagen zugelassen werden, wenn es mit den Schutzziele vereinbar ist. Dies gilt vor allem für Anlagen zur dezentralen Stromerzeugung in Schutzgebieten, in denen auch Ackerbau betrieben wird. Windkraftanlagen in monotonen Kiefernforsten ohne Schutzstatus, die auch in naher Zukunft nicht naturnah umgebaut werden sollen, könnten prinzipiell möglich sein – allerdings sehe ich die Umsetzung solcher Projekte kritisch. Um die dort jagenden Fledermäuse nicht zu schädigen, ist über den Baumwipfeln ein Mindestabstand von 30 m zum Rotor vorzusehen. Wenn sich ein zusätzlicher Schutz als notwendig erweist, müssen zeitweise Abschaltungen angeordnet werden. Auch die Zuwegung und der Anschluss der Anlage(n) müssten so eingriffssarm wie möglich erfolgen.

Frage von Bernd Heuer:

Welche konkreten Maßnahmen würden Sie anstreben und unterstützen, um diesem Ziel (Erhöhung der Artenvielfalt) in den nächsten Jahren wieder näher zu kommen?

Antwort:

Die biologische Vielfalt nimmt dramatisch ab: In Deutschland sind 40 Prozent der Wirbeltiere vom Aussterben bedroht oder bereits ausgestorben; Weltweit sterben täglich bis zu 130 Tier- und Pflanzenarten unwiderruflich aus. Die Ökosysteme werden immer stärker übernutzt: 60 Prozent der Ökosysteme sind laut dem letzten Bericht der Weltumweltorganisation UNEP bereits geschädigt. Die Lebensräume der Arten werden zerstört: Die Zahl der bedrohten Biotope in Deutschland ist zwischen 1994 und 2006 von 68,7 Prozent auf 72,5 Prozent gestiegen. Langfristig droht die Hälfte aller Biotope zu verschwinden.

Die Vielfalt der Natur, Reichtum der Arten und die Schönheit naturnaher Landschaften wollen wir Bündnisgrüne flächendeckend schützen und für nachfolgende Generationen erhalten. Dafür werden wir Grüne Naturschutz in allen Politikbereichen verankern und einen ressortübergreifenden Politikansatz fördern:

- Schutzgebiete für bedrohte Natur und gefährdete Arten schützen, vernetzen und neue schaffen;
- den Netto-Flächenverbrauch bis 2020 auf höchstens 30 Hektar am Tag reduzieren und langfristig ganz stoppen;
- Flüsse sollen frei fließen können. Einen weiteren Ausbau von Elbe und Donau sowie naturnaher Abschnitte aller anderen Flüsse lehnen wir daher ab. Flussauen sollen – auch im Sinne des Hochwasserschutzes – im Rahmen eines nationalen Programms renaturiert werden.
- Die Wälder sollen sich naturnah entwickeln können. Daher wollen wir 5 Prozent der Waldfläche, darunter 10 Prozent der öffentlichen Wälder, aus der forstwirtschaftlichen Nutzung nehmen und auf den anderen 95 Prozent eine naturnahe Waldnutzung erreichen. Dafür wollen wir das Waldgesetz nach ökologischen Standards novellieren.
- Wir wollen die Verschmutzung und Verlärmung der Meere stoppen und die globale Überfischung beenden. Um die weltweite Ernährungssicherheit nicht zu gefährden, muss die EU vor allem ihre Fischereiaktivitäten vor den Küsten von Entwicklungsländern stark einschränken und besser kontrollieren.

Wir Bündnisgrüne setzen uns gegen den hemmungslosen Abbau von Rohstoffen in der Tiefsee, der Arktis und an Land ein, um einmalige und noch weitgehend unberührte Lebensräume zu erhalten. Auch muss Deutschland seine Zusagen zum Schutz der Regenwälder und der biologischen Vielfalt einhalten und wieder zu einem verlässlichen Partner im Bereich des internationalen Artenschutzes werden.

Frage von Mike Dittrich:

Welche Orientierung vertreten Sie als Abgeordneter Ihrer Partei im Deutschen Bundestag, um Naturraum und Tourismuswirtschaft aufeinander abzustimmen, wo finden Sie Ansatzpunkte für eine sensible Herangehensweise? Wer sind Ihre Partner bei der Weiterentwicklung einer touristischen Infrastruktur in den Naturräumen unserer Region Oder-Spree?

Antwort:

Regionaler und Natur-Tourismus sind Schwerpunkte der Tourismuspolitik von Bündnis 90/Die Grünen. Naherholungsgebiete können wichtiger Bestandteil einer umfassenden Gesundheitsförderungs politik sein. Ganz besonders wichtig sind Erholung und Naturerlebnisse für Menschen, die in Ballungszentren mit hoher Lärm- und Schadstoffbelastung leben.

Vielfältige Freizeitangebote in natürlicher Umgebung verbessern die unmittelbare Wohn- und Lebensqualität, steigern das Wohlbefinden und erhöhen die Widerstandsfähigkeit gegenüber Stress und anderen Alltagsbelastungen. Naturverträgliche touristische Angebote sollten keinen Störfaktor im Naturraum darstellen, sondern eine Chance zu aktiver Erholung. Naturtourismus ist für den naturverträglichen Ausbau des Deutschlandtourismus von zentraler Bedeutung und leistet einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Natur und der Umweltbildung.

Ziel der Tourismuspolitik in Deutschland und Europa sollte es deshalb auch sein, über Kooperationsprojekte und Gemeinschaftsaktionen unter den beteiligten Akteuren in den Naturräumen großflächige, qualitativ hochwertige Angebote zu unterbreiten. Hierzu gehört auch eine gute Aus- und Weiterbildung der MitarbeiterInnen, um die vielfältigen Angebote mit Naturerziehung koppeln und weiterentwickeln zu können.

Die Partner in der Region Oder-Spree sind dabei für mich zum einen die VertreterInnen des Naturparks Schlaubetal und der anderen Schutzgebiete, ehrenamtlich Aktive in den Naturschutz- und Landschaftspflegeverbänden sowie die VertreterInnen der Tourismusvereine, des Tourismusverbandes Seenland Oder-Spree sowie des Landkreises und der Gemeinden, die für die Errichtung der touristischen Infrastruktur zuständig sind. Naturerlebnistourismus kann nur naturverträglich weiterentwickelt werden. Dazu müssen alle Akteure gleichberechtigt, transparent und zielorientiert zusammen arbeiten.

Frage von Dr. Siegfried Schulz:

Welche Bedeutung messen Sie in diesem Kontext (Probleme durch industrialisierte Landwirtschaft) der biologischen Landwirtschaft und der „traditionellen“ Landwirtschaft bei?

Antwort:

Die fortgesetzte Industrialisierung der Landwirtschaft, begleitet vom Verlust tausender Arbeitsplätze, hat zu einer erheblichen Schwächung der ländlichen Räume geführt - so ist in den landwirtschaftlichen Betrieben Brandenburgs zwischen 2003 und 2010 fast jeder vierte Vollzeit Arbeitsplatz verschwunden. Verbunden damit nimmt die Fruchtbarkeit vieler Böden durch Übernutzung, Wind- und Wassererosion und Vernichtung der Bodenlebewesen ab und kann nur durch den Einsatz von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln kaschiert werden. Die Artenvielfalt in der offenen Kulturlandschaft nimmt dramatisch ab. Die Grundlage aller landwirtschaftlicher Produktion, Wasser und Boden, sind völlig unzureichend geschützt. Zudem hat sich die Landwirtschaft im 20. Jahrhundert vollständig von fossilen und vor allem endlichen Energieträgern abhängig gemacht: Erdöl und Erdgas wird für die Herstellung von Mineraldünger

und Pestiziden, für die Mechanisierung und die zunehmenden Transportentfernungen verbraucht.

Wir Bündnisgrüne streben mittelfristig eine ökologische Landwirtschaft nach anspruchsvollen Standards für ganz Brandenburg an. Wir stehen für eine in den Regionen verankerte ökologische und multifunktionale Landwirtschaft, die sich ihrer globalen Verantwortung und der Verantwortung für kommende Generationen bewusst ist. Eine Landwirtschaft, die nicht nur Lebensmittel produziert, sondern auch Kulturlandschaft pflegt, die biologische Vielfalt fördert, die Tiere schützt, öffentliche Güter wie sauberes Trinkwasser schützt, die lebendige ländliche Räume und gute Einkommen schafft – also wirtschaftliche, soziale, ökologische und ethische Kriterien gleichermaßen beachtet. Gute Landwirtschaft heißt für uns: Nachhaltige Erzeugung qualitativ hochwertiger Lebensmittel, artgerechte Tierhaltung, Erhalt der Biodiversität, dezentrale regenerative Energieerzeugung, unternehmerische Selbständigkeit und gut bezahlte Arbeitsplätze für Familienarbeitskräfte und ArbeitnehmerInnen. Dabei stellen wir dem industriellen Modell den bäuerlichen Familienbetrieb gegenüber. Für uns gilt es, bäuerliche Strukturen zu stärken. Es gibt durchaus Großbetriebe, die vorbildlich ökologisch geführt werden. Richtig ist aber auch, dass Größe die Grundvoraussetzung für den Einstieg außerlandwirtschaftlicher Investoren und für das Entstehen agroindustrieller Landnutzungsformen ist.